



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 26.10.2026, Vormittag

Der Kantonsrat hat ohne Gegenantrag ein neues Ersatzmitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([KR-Nr. 369/2025](#)).

Der Kantonsrat hat ohne Gegenantrag ein neues Ersatzmitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([KR-Nr. 204/2026](#)).

Der Kantonsrat hat den Objektkredit für einen Beitrag an den Kanton Jura zur Deckung einer Zahlungslücke im Finanzausgleich mit 107 zu 67 Stimmen bewilligt ([6082](#)). Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 125 Stimmen erreicht. Hintergrund ist der Wechsel der Gemeinde Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura am 1. Januar 2026. Da dieser im Nationalen Finanzausgleich (NFA) erst ab 2032 vollständig berücksichtigt wird, entsteht dem Kanton Jura eine Beitragslücke von insgesamt 65 Millionen Franken.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Kantonale Schuldenbremse» von SVP, FDP und Mitte als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 114/2023](#)). Ein Antrag, dies mit einer anderslautenden Stellungnahme zu tun, wurde mit 89 zu 87 Stimmen abgelehnt. Mit dem ursprünglich als Motion eingereichten Vorstoss von SVP, FDP und Mitte wurde verlangt, die gesetzlichen Grundlagen für eine Schuldenbremse zu schaffen, damit Investitionen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert werden können.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Winterthur die Einführung einer sogenannten Verkehrsflächenziffer fordert ([KR-Nr. 292/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Winterthur forderte, dass das kantonale Gesamtverkehrskonzept um eine Verkehrsflächenziffer ergänzt wird ([KR-Nr. 293/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 47 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Hedingen forderte, dass ausschliesslich der Kanton für die Festsetzung von Mindestlöhnen zuständig sein soll. ([KR-Nr. 242/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Uster forderte, dass der Kanton beim Bund eine Standesinitiative einreicht, damit in Zeiten der Stromknappheit grossen Rechenzentren, die nach Ansicht des Initianten «Unterhaltungsquatsch» produzieren, die Stromzufuhr abgeschaltet werden kann ([KR-Nr. 294/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Neerach forderte, dass bei Volksinitiativen, die zusätzliche Ausgaben für Kanton oder Gemeinden verursachen, künftig auch angegeben werden müsse, wie diese finanziert

werden sollen ([KR-Nr. 295/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Uster forderte, das Namensrecht so zu ändern, damit Erwachsene einmal im Leben ihrem bisherigen Vornamen einen selbst gewählten Vornamen voranstellen können ([KR-Nr. 297/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Grünen-Kantonsrat Benjamin Krähenmann abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass der Bund dafür sorgen soll, dass eine Abgabe auf PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) an der Quelle erhoben und damit ein Fonds gespiesen wird, aus dem sämtliche Sanierungskosten im Zusammenhang mit PFAS gedeckt werden sollen ([KR-Nr. 128/2026](#)). Für eine vorläufige Unterstützung stimmten 54 Ratsmitglieder. 60 Stimmen wären dafür nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 26.10.2026, Nachmittag

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Schluss mit Lohnexzessen bei der AXPO!» von SP, SVP, Grünen, Mitte, EVP und AL als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 30/2025](#)). Ein Antrag, dies mit einer anderslautenden Stellungnahme zu tun, wurde mit 118 zu 52 Stimmen angenommen. Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat aufgefordert, sich für eine Begrenzung der jährlichen Vergütungen der Geschäftsleitungsmitglieder der Axpo einschliesslich des CEO auf maximal eine Million Franken einzusetzen..

Der Kantonsrat hat mit 94 zu 77 Stimmen die Motion betreffend «Anpassung des Beschwerdeverfahrens in Bausachen» von Thomas Anwander, Kantonsrat der Mitte, überwiesen ([KR-Nr. 195/2024](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, dass die aufschiebende Wirkung bei einer Beschwerde nicht mehr automatisch eintritt, sondern von einer Partei beantragt und vom Verwaltungsgericht explizit erteilt werden muss.

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation betreffend «Gemeinden und Bevölkerung an der Windenergie beteiligen» von GLP-Kantonsrätin Stefanie Huber diskutiert ([KR-Nr. 247/2024](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation betreffend «Brütende Wasservögel weniger stören» von Wilma Willi, Kantonsrätin der Grünen, diskutiert ([KR-Nr. 323/2024](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

(nic.)